

VORAN

Sozialistisch, solidarisch, kämpferisch.

50 Pf
Solidaritätspreis
2 DM

Für eine sozialistische Kommunalpolitik in Stuttgart

Stell Dir vor: Stuttgart ist nicht länger Daimler-Town, das Daimlerstadion umbenannt, Mayer-Vorfelder nicht mehr VfB-Präsident. Daimler ist in Gemeineigentum überführt. An der Spitze von Daimler steht ein demokratisch gewählter Belegschaftsrat. Statt Rüstungsgüter werden Busse und Bahnen produziert. Die Stadtbahn fährt wieder oberirdisch. Frauen brauchen keine Angst mehr haben, an der Haltestelle Charlottenplatz umzusteigen. Im Neckar kann man wieder baden und prächtige Fische angeln.

Wo früher Baulücken waren, stehen heute Sozialwohnungen. Das Hotel Graf Zeppelin ist ein Studentinnenwohnheim. Das Arbeitslosenzentrum (SALZ) ist eine Kinderjagesstätte. Statt Spielcasino hat jeder Stadtteil sein Jugendhaus mit Streetball- und Billardtisch. Durch drastische Arbeitszeitverkürzung und ausreichend Kitas können alle Frauen arbeiten gehen. In jeder Schule gibt es kostenlose Verhütungsmittel. AusländerInnen und Deutsche haben gleiche Rechte. Schön wäre's.

Stuttgart warb mit dem Slogan: Großstadt zwischen Wald und Reben. Dabei mußte es längst heißen: "Großstadt zwischen würgen und kotzen." Stuttgart ist die reichste Großstadt in der BRD. Doch wie ist der Reichtum verteilt? Während es 2.500 Millionäre gibt, haben 2.000 Menschen kein Dach überm Kopf. Die Arbeitslosenquote hat sich 1992/93 verdoppelt. Für die da oben wird das Geld auf den Kopf gehauen: 2. Messe, 2.SI-Hotel, Flughafen ausbau, Kulturmeilen ausbau.

Bei uns hier unten wird an allen Ecken und Enden gespart. Beispiel Haushalt 1994: Streichung von 367 Arbeitsplätzen, Kürzungen beim Jugendhausverein, weniger Geld für die Tagespflege von Alten, kein Geld für die Tageseinrichtung obdachloser Frauen in der Stöckachstraße. Überall steigen die Gebühren: Müll, Kindergärten, Stadtbücherei. Nur bei der Gewerbesteuer für Daimler, Porsche, Bosch und Co. nicht. Zur Zeit liegen die jährlichen Einnahmen bei 600 Mio. (früher 800 Mio.).

Daimlers jüngster Streich: Trotz vorheriger Versprechen weigert sich Mercedes-Benz in Untertürkheim den Werksverkehr im neuen Motorenwerk von der Straße auf die Schiene zu verlagern - nur um ein paar Mark mehr einzunehmen.



Sofortige zwangsweise Belegung von leerstehendem Wohnraum

Während 50.000.000 Mark für ein Dach (Daimlerstadion) verprast wurden, haben 2.000 in Stuttgart kein Dach überm Kopf. Allein 300 Kinder sind ohne feste Bleibe.

Während Jahr für Jahr neue Hotels hochgezogen werden (erst Interconti, dann Maritim, jetzt 2.SI), hat Stuttgart so wenig Sozialwohnungen wie keine andere deutsche Großstadt - ganze 22.000. In den 80er Jahren wurden jährlich 1.600 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt.

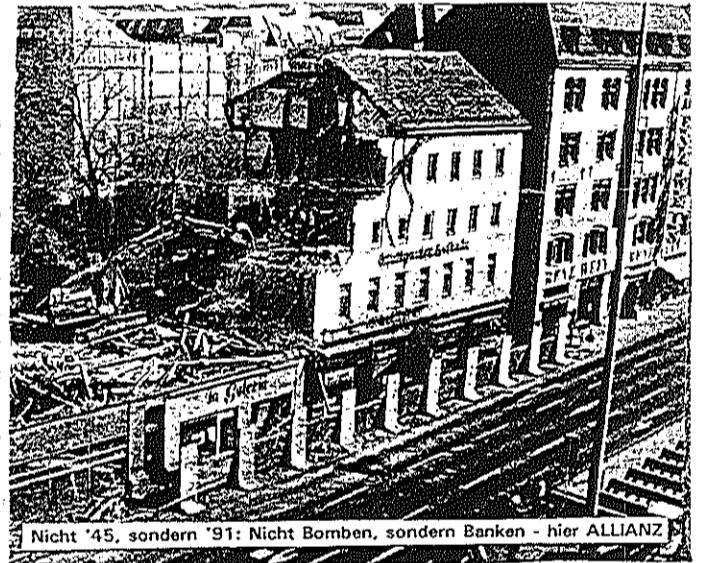
In der Geißstraße 7, die im März völlig ausbrannte, was mehreren AusländerInnen den Tod brachte, hausten 50 Menschen auf engstem Raum. Nachrichten kam raus, daß dort Mietwucher betrieben wurde (20 Mark pro m²). Eigentümer: Stuttgarter Hofbräu.

Bei 26.000 fehlenden Wohnungen stehen immer mehr als Spekulationsobjekte leer. Allein die Volkszählung '87 hatte 350 langfristig leerstehende Häuser ermittelt - obwohl sich

die Zähler allein auf die Angaben der Besitzer verließen. Makler, Spekulanten und Banker verdienen Millionen, ohne einen Finger krumm zu machen. Dabei ist "das Leerstehenlassen von Wohnraum... über einen Zeitraum von 6 Monaten hinaus" Zweckentfremdung. Zweckentfremdung ist seit 1971 verboten.

VORAN kämpft für
* Sofortige zwangsweise Belegung von leerstehendem

Wohnraum.
Keine Kriminalisierung von InstandbesetzerInnen, Bestrafung von Kaputtbesitzern.
* Sofortiger Mietpreisstopp und Mietpreisbegrenzung.
Bau von 2.000 neuen bezahlbaren Wohnungen im Jahr.
* Verbot aller Makler. Einrichtung einer kommunalen Wohnungsvermittlung.
* Enteignung aller Spekulanten.



Jedem Stadtteil sein Jugendhaus

Nach der Arbeit ins Spielcasino, nach dem Büffeln ins Multiplex (das neue super-teure Kino beim Nordbahnhof) oder in die Music-Hall; Karte zwischen 60 und 180 Mark. Wie wärs? Kein Otto-Normaljugendlicher hat dafür das Geld.

Was wir brauchen sind Freizeitangebote ohne Wucherpreise. Jugendhäuser. Es gibt immer noch ganze Stadtteile ohne Jugendhäuser, obwohl die Jugendlichen seit Jahren dafür auf die Barrikaden gehen. In Feuerbach, am Stöckach oder im Bohnenviertel.

Stattdessen werden Stellen eingespart, einzelne Bereiche dichtgemacht (z.B. Mädchenarbeit) und beim Jugendhausetat gekürzt (1993 um 8%).

Die REPs haben für den Haushalt '94 die Schließung vom Jugendhaus Mitte beantragt. Nur 1 Stimme fehlte.

VORAN kämpft für:
* Jedem Stadtteil sein Jugendhaus.

Für den Bau von 2 neuen Häusern pro Jahr.
* Betreuung statt Verwaltung. Verdoppelung des Jugendhausetats. Verdoppelung des Personals.

* Nulltarif statt Großstadtmief.
* Ab 16 Jahren Mindesteinkommen von 1.500 Mark im Monat.

30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Betriebsschließungen bei Kodak und Südmilch. Arbeitsplatzabbau in der Pragstraße: bei SKF, Eckard und Fortuna. 50 % Entlassungen bei Mahle-Wizemann. 2.000 Azubis in Stuttgart und Böblingen sollen nicht übernommen werden. Die einen schaffen 35 oder 40 Stunden die Woche, klotzen Überstunden, die anderen sind zum Nichtstun verdammt. Warum? Weil in der BRD-Marktwirtschaft nur betriebswirtschaftliche Kosten zählen. Gesamtwirtschaftliche Kosten sind ohne Belang.

Der CDU-geführte Gemeinderat will diesem Prozeß mit Subventionen für den Wirtschaftstandort Stuttgart begegnen. Das läuft auf großzügige Finanzspritzen für die Großkonzerne hinaus. Am Geld kann es aber nicht liegen. Trotz zehn Jahren Aufschwung und Rekordgewinnen wurden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Nein, nur der Kampf für Arbeitsplätze rettet Arbeitsplätze.

Wenn die vorhandene Arbeit nicht mehr für alle reicht, dann

muß sie anders verteilt werden. Ohne Arbeitszeitverkürzung hätte es in den letzten Jahren noch mehr Entlassungen gegeben. Wenn die Stadt für ihre Beschäftigten die 30-Stunden-Woche ohne Lohnverlust einführt, schwächt das nicht die KollegInnen in der privaten Wirtschaft. Im Gegenteil, es stärkt ihnen den Rücken bei ihrem Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

VORAN kämpft für:
* 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle bei der Stadt Beschäftigten.
* Übernahme aller Azubis gemäß ihrer erreichten Qualifikation.
* Ausbildungsquote von mindestens 10 %.
* Stopp Privatisierung! Rücknahme bereits durchgeführter Pri-

VORAN

Sozialistisch, solidarisch, kämpferisch

Für den Erhalt aller unabhängigen Beratungsstellen. Weg mit § 218

Bei den Haushaltsberatungen 1994 standen verschiedene Fraueneinrichtungen auf der Abschußliste von CDU und REPs. Das Schlimmste konnte verhindert werden. Allerdings wurde z.B. der Zuschuß für den Frauen-Notruf nur teilweise genehmigt, dafür im Jugendhausetat entsprechend gekürzt. Spätestens nach den Kommunalwahlen im Juni ist der Erhalt aller Fraueneinrichtungen gefährdet: ob Mädchengesundheitskassen, Luise-Schroeder-Wohnheim, FIZ oder Beff.

Auf Bundesebene wurde das Recht auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind ab 1996 beschlossen. Papier ist geduldig! Stattdessen wird in Stuttgart gerade die Nachmittagsbetreuung zusammengestrichen.

1993 haben sechs alte Männer (und eine Frau), die wir nicht

gewählt haben, über Millionen von Frauen entschieden. Nach ihrem mittelalterlichen Urteil ist der Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich rechtswidrig. Dazu kommt, daß an die Stelle von Beratung staatliche Bevormundung treten soll. Die unabhängigen Einrichtungen wie Pro Familia dürfen nur noch bis Ende 1994 weiterarbeiten. Schluß damit! 218 - Kein Anschluß unter dieser Nummer.

VORAN kämpft für:

- * Erhalt aller unabhängigen Beratungsstellen. Weg mit dem § 218.
- * Schließung aller Pornoläden. Verbot aller frauenfeindlichen Darstellungen.
- * Kontrolle durch einen unabhängigen Frauenrat.
- * Nachtbusse, die ganze Woche.
- * Kostenlose Kitas, Ganztageschulen

Der Daimler pfeift, der Stadtrat hüpf

Obwohl in Stuttgart hunderte von Wohnungen fehlen, sind tausende von BauarbeiterInnen arbeitslos. Obwohl es der Umwelt an den Kragen geht, werden die Autos mit noch mehr Autos bekämpft: Neue Straßen, neue Tunnel, neue Stadtautos.

Arbeitssetze, Überstunden und Verkehrslärm machen krank. Aber in den Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand. Das liegt nicht allein an der Unfähigkeit der CDU. Das hat System. Privateigentum und Konkurrenz sorgen dafür, daß im Kapitalismus Profite einer klei-

nen Minderheit alles, menschliche Bedürfnisse der großen Mehrheit nichts sind.

VORAN kämpft für wirkliche Reformen. VORAN geht aber nicht davon aus, daß alle Reformen in diesem System verwirklicht oder abgesichert werden können.

Stuttgart darf sich nicht damit abfinden, daß der finanzielle Spielraum von Bund und Land immer mehr eingeengt wird. Die Kommunen dürfen sich von den Firmen nicht gegeneinander ausspielen lassen. Jede Erpressung durch Bundesland, Bund oder Bosse muß an die Öffentlichkeit gebracht wer-

den. Statt ewiges Jammern muß die arbeitende Bevölkerung gegen Profitinteressen und Umverteilungspolitik mobilisiert werden. Aber erst in einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Kommandozentralen der Wirtschaft vergesellschaftet und durch demokratisch gewählte und jederzeit abwählbare VertreterInnen von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat verwaltet werden, wird es möglich sein, daß die Interessen von Mensch und Umwelt die Produktion bestimmen. Wenn die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte stadtweit, bun-

desweit und letztendlich weltweit vernünftig genutzt werden, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und mit dem Raubbau an der Natur könnte Schluß sein.

VORAN kämpft für:

- * Keine 2. Messe. Kein Flughafen ausbau.
- * Ran an die Gewinne von Großkonzernen, Banken und Versicherungen. Drastische Gewerbesteuererhöhung.
- * Ausweitung des Kampfes gegen Kürzung, Kohl und Kapital auf andere Städte.
- * Verstaatlichung von Daimler-Benz und den großen Autokonzernen. Verstaatlichung von Banken und Versicherungen. Demokratische Kontrolle durch Belegschaften und Gewerkschaften.

Kommunalwahl '94: Qual ohne Wahl?

Stoppt Rep und die Rechten!

Die Politik von OB Rommel und der konservativen CDU/FDP/Free Wähler-Mehrheit ist die Fortsetzung der Politik der Kohlregierung auf kommunaler Ebene. Seit 1989 dürfen auch die Nazis ungehindert ihre braune Hetze im Rathaus verbreiten. Die Republikaner spielen sich als "Anwalt der kleinen Leute" auf. 5 Jahre Gemeinderat beweisen: Sie spielen uns was vor und tanzen nur nach der Pfeife der Kapitalisten. So haben sie gegen jede Gewerbesteuererhöhung und gegen jede Zweitwohnungssteuer gestimmt.

Darum: Keine Stimme den einzelnen Fällen auch mitinitiiert. Nichtwählen ist aber auch keine Lösung. Jede Wahlenthaltung erhöht das Gewicht der Nazi-Stimmen.

Also: Die Opposition wählen. Aber welche? Die SPD-Spitze biedert sich bei der bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit immer mehr an. Nur um an die Fettöpfe ranzukommen, macht sie heimlich auf Große Koalition. So hält ein Wirtschafts-

bürgermeister Blessing (SPD!) es "nicht für ungewöhnlich" (StN vom 18.2.), daß SSB-Vorstandsmitglied Höflinger als Aufsichtsratsmitglied von Schwabengarage nebenbei ein Taschengeld von jährlich 20.000 Mark einsteckt.

Egal ob SPD oder Grüne - bei denen, die das Sagen haben, von Opposition keine Spur. 1994 hat die Stadt 428 Arbeitsplätze abgebaut. Statt Gegenwehr Lob: "Anfangserfolg" (Hahn, SPD), "Ein erfreulicher Beginn" (Kübler, Grüne).

Kein Wunder; da die SPD-Führung und die Grünen das kapitalistische System schlucken, landen sie unweigerlich bei Kürzung und Kahlschlag. VORAN steht auf der Seite der wirklichen Opposition. In den letzten Monaten sind immer mehr für ihre eigenen Interessen aktiv geworden: Aktion "Stoppt den Wangener Poststraub" und Demos gegen Kitas, Notstand, landesweite StudentInnen demo und bundesweiter Frauenstreiktag. Tausende im Warnstreik - bei Post und Banken, bei IG Metall und ötv. Dazu kommen die Aktionen von Jugend gegen Rassismus (JRE) und anderen gegen den permanenten Nazi-Terror.

VORAN hat alle diese Bewegungen aktiv unterstützt und in den letzten Monaten sind immer mehr für ihre eigenen Interessen aktiv geworden: Aktion "Stoppt den Wangener Poststraub" und Demos gegen Kitas, Notstand, landesweite StudentInnen demo und bundesweiter Frauenstreiktag. Tausende im Warnstreik - bei Post und Banken, bei IG Metall und ötv. Dazu kommen die Aktionen von Jugend gegen Rassismus (JRE) und anderen gegen den permanenten Nazi-Terror.

VORAN hat alle diese Bewegungen aktiv unterstützt und in den letzten Monaten sind immer mehr für ihre eigenen Interessen aktiv geworden: Aktion "Stoppt den Wangener Poststraub" und Demos gegen Kitas, Notstand, landesweite StudentInnen demo und bundesweiter Frauenstreiktag. Tausende im Warnstreik - bei Post und Banken, bei IG Metall und ötv. Dazu kommen die Aktionen von Jugend gegen Rassismus (JRE) und anderen gegen den permanenten Nazi-Terror.

Sozialistische Alternative VORAN

Jetzt Mitglied werden

Die UnterstützerInnen der Zeitung VORAN haben eine neue Organisation gegründet - links von SPD und PDS. Ein Angebot für alle, die gegen Rommel und Kohl, gegen Unternehmer und Spekulanten kämpfen wollen - und nach wie für eine sozialistische Demokratie eintreten. SAV meint: In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern die stalinistische Diktatur. Der Kapitalismus hat nicht gewonnen, er ist nur übriggeblieben.

Zu den Gründungsmitgliedern der Sozialistischen Alternative VORAN Stuttgart gehören VertreterInnen vom SchülerInnenrat (SSR), von Jugend gegen Rassismus in Europa, Jusos, Betriebsräte, Vertrauensleute.

Kontakt: Aron 0711/2238214

Gegen das Europa der Konzerne

VORAN international aktiv

Am 12. Juni finden nicht nur die Kommunal- und Regionalwahlen statt, sondern auch die Europawahlen. Im Gegensatz zu CDU oder SPD ist VORAN der Ansicht, daß es nicht darum geht, für oder gegen Europa zu sein. Es geht auch nicht darum, für wieviel Europa man ist. Silvester '92 sollten die Sektorkorken nicht nur das neue Jahr begrüßen, sondern auch den Europäischen Binnenmarkt. Heute sind wir von den damaligen Zielen (1 Wirtschaft, 1 Währung) weiter denn je entfernt. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß es auf kapitalistischer Grundlage kein vereinigtes Europa geben wird.

Das einzige, was die in Europa ansässigen multinationalen Konzerne vereinigt, ist der Drang, im verschärften Wettbewerb zwischen den Blöcken USA, Japan und Europa die Nase vorn zu haben. Um auf dem Weltmarkt mithalten zu können, wollen sie rationalisieren, Arbeitsplätze "abspecken", Arbeits- und Umweltschutz abbauen und Billig-Importe aus der "3. Welt" stoppen. Da VW, BMW und

Porsche jedoch nicht nur mit General Motors oder Chrysler konkurrieren, sondern auch mit Fiat oder Renault, geht ihr "Internationalismus" Hand in Hand mit einem neuen Nationalismus. Plötzlich ist der Industriestandort Deutschland in Gefahr. "Unsere" Wirtschaft und "unsere" D-Mark sind bedroht. Grenzen müssen abgeschottet werden.

SPD oder Jusos reden von In-

ternationalismus nur an Feiertagen. VORAN hat dagegen eine erfolgreiche Solidaritätskampagne für politische Häftlinge im Leeuwkop-Gefängnis in Südafrika (u.a. für Genosse Philemon Mauku) durchgeführt. Im Kampf gegen die Zerschlagung der Post 1988 haben wir über MILITANT den Genossen Colin O'Callaghan (Vorstandsmitglied der britischen Postgewerkschaft) zu einer Rundreise eingeladen. Gemeinsam mit unseren Schwesterorganisationen hat VORAN die erste europaweite Demo gegen Rassismus und Faschismus in Brüssel mit 40.000 TeilnehmerInnen maßgeblich organisiert und Jugend gegen Rassismus in Europa den Weg geebnet. In Britannien kandidieren mit Julie Donovan und Tommy Sheridan von MILITANT LABOUR zwei MarxistInnen, die dem Europa der Konzerne das Eu-

ropa der ArbeiterInnen entgegenstellen.

Das Europaparlament (EP) ist eine Schwatzbude. Selbst wenn es so viele Rechte in Europa hätte wie der Bundestag in der BRD, würde die wirkliche Macht immer noch in den Chefetagen der großen Unternehmen liegen. Dennoch müssen wir verhindern, daß die REPs erneut ins EP einziehen und eine Plattform für ihre rassistische Hetze haben. Außerdem würde jede Stimme für SPD oder PDS vielen ArbeiterInnen Auftrieb geben bei unserem Widerstand gegen die Euro-Multis. Dank ihrer Basis könnten wir auf SPD und PDS am meisten Druck ausüben. Darüberhinaus könnte ein Wahlerfolg für SPD und PDS den Sturz der Kohlregierung in diesem Herbst einleiten.